

Von Otto Röse.

Bern, 22. Mai.

Bei dem Anschlag, der das schweizerisch-deutsche Wirtschaftsabkommen vereiteln sollte, hatte sich der französische Volschafter Dostosta ein Alibi beschafft. Er blieb in Paris und ließ die Erklärung, die den Bundesrat belog, uns noch um eine achtstägige Verrentzeit zu bitten, durch seinen Geschäftsträger Clichant überbringen. Wohl sah er voraus, daß die Schweizer, wenn's einmal zum „Ausgeschwngen“ kommen sollte, ihren Mann stehen würden. Die Rolle des Ausgeschwngenen ludte ihn nicht. Da nun zwei rechte Männer aus Bern noch dem Inngen und versöhnlichen, aber standfesten schweizerischen Minister Dunant in Paris zur Seite traten, meinte die französische Regierung alsbald, was an Clichants Erklärung Anstoß erregt habe, sei mißverstanden oder unwahr; insbesondere habe sie nie mit einem „Wirtschaftskrieg bis auf's Messer“ gedroht; das sei eine Lüge der deutschen Presse. — Nun konnte es zwar den Pariser Regierenden nicht entgangen sein, daß diese Nachricht zuerst in schweizerischen Blättern erschienen war, die sich bekannter Beziehungen zum Bundesrate erfreuen, aber in Abrede mußte sie doch gestellt werden, und sie wurde es schließlich auch von schweizerischer Seite, obgleich sie wesentlich dazu beigetragen hatte, den Ernst der Lage anschaulich zu machen. Zweifel hatte von vornherein hier nur bestanden, ob die Entente insgesamt der Schweiz entgegenzutreten wollte, oder ob Herr Clemenceau abseits der vom Vierberrbände verarbeiteten Rangordnung einen cavalier seul riskierte, wie er es als leichtfüßiger Journalist von jeher beliebte. Zu guter Letzt kommt es ja darauf nicht mehr an. Der schweizerisch-deutsche Vertrag ist heute unterzeichnet worden, der französische Anschlag ist gescheitert.

Selbstverständlich bläst der Franzose, wenn er sich rückwärts konzentriert, keine Chamade. Er schmettert Panzern und Herr Clemenceau versteht das meisterhaft noch aus der Zeit, zu der er gegen die Neutralen insgesamt, und gegen die Schweiz insbesondere, das Klappenhorn ertönen erließ. Doch besetzt ihn jetzt kein Jörn, keine Angriffslust, sondern nur noch Freundschaft gegen die Schweizer. Nur aus Freundschaft hat Frankreich, das selbst der Kohlen ermangelt, monatlich 85 000 Tonnen des kostbaren Brennstoffs der Schweiz angeboten, um sie vor Kontrollbedingungen zu befreien, mit denen Deutschland sie bergewaltigen wollte. Nie habe es daran gedacht, dem Nachbarlande die Schwierigkeiten zu bereiten, oder gar durch wirtschaftliche Maßnahmen seine Lage zu erschweren, wenn dasselbe etwa dazu kommen sollte, eine andere Lösung vorzuziehen. Frankreich sei nur von dem Wunsche geleitet, der Schweiz einen Dienst zu erweisen. Zum Zeichen solcher Gesinnung halte es, selbst wenn der Bundesrat darauf bestche, das Abkommen mit Deutschland zu unterzeichnen, sein Anerbieten aufrecht, und wolle den in der Schweiz für den Bedarf des französischen Heeres, sowie der verbündeten Heere arbeitenden Fabriken die nötige Kohle liefern, um zu vermeiden, daß seine Feinde dort, wie sie es gern möchten, Arbeitseinstellung, Not und Unruhen hervorbräfen. Frankreich trübt, wie man sieht, von selbstloser Freundschaft. Wobei zu bemerken ist, daß der Kohlenverbrauch der für die Entente arbeitenden Schweizer Fabriken etwa ein Siebentel der ursprünglich verprochenen 85 000 Tonnen beträgt. Wenig, aber mit Vieles! Man versteht nun, wie es die Schweizer meinen, indem sie ihren freundschaftlichen Dank für dasjenige ausdrücken, was sie als „edelmütige Geste“ bezeichnen. „Geste“ hat hier weniger die Bedeutung einer Tat als einer Gabe, nicht zu verwechseln mit dem, was man ehemals „gesta Dei per Francos“ nannte.

Wie dem auch sei, wir begreifen, daß die Schweizer über die Schwierigkeiten der letzten Woche hinweggehen, und ihr Augenmerk nur auf das, was ihnen die französische Zustimmung Gutes bietet, richten. Wir freuen uns mit ihnen, daß sie erleichterten Herzens ihr Abkommen mit uns unterzeichnen konnten. Das entspricht dem Geiste guter Nachbarschaft, der zwischen Deutschland und der Schweiz unablässig geherrscht hat, es entspricht auch der Grundlage, aus welcher unser neuer Vertrag entstanden ist. Deutschland und die Schweiz haben von Anbeginn des Krieges einander zugesichert, daß eins dem anderen zur Überwindung der vorzunehmenden Schwierigkeiten beistehen, und mit dem, was sich irgend entbehren läßt, aushelfen werde. Der Schweiz erwuchs daraus grundsätzlich kein Hindernis bei der Pflege friedlicher und freundlicher Beziehungen zu anderen, selbst uns feindlichen Staaten. Allerdings hat sie sich von letzteren dann Bedingungen auferlegen lassen, die ihre Leistungen uns gegenüber auf ein Mindestmaß beschränkten. Aber wir haben die Nothlage, in der sie solche Bindung übernahm, begreifen, und bringen ihr fortgesetzt ein freuntliches Verständniß entgegen, wie wir dies von ihr auch für die keineswegs leichten Verhältnisse unseres Volkslebens beanspruchen und jetzt verträglich festgelegt erhalten haben. Im Hinblick auf die bislang überwiegenden Zugeständnisse, die der Bundesrat auf dem Gebiete einschränkender Bedingungen der Enterte gemacht hat, erquidt uns der Abschluß unseres Vertrages nicht nur, weil er beiden Ländern Vorteile sichert, sondern auch als Beweis mannhaften Schweizergeistes zu einer Zeit, wo die Standhaftigkeit der Eidgenossenschaft für das Wohl Europas und die Aussicht auf Völkerfrieden wichtiger als jemals ist.

Oesterreich - Ungarn.

Wien, 24. Mai. In der schriftlichen Beantwortung einer Anfrage des Reichsrathsabgeordneten Dent betreffend die Torpedierung S. M. Schiffe, „Wien“ erklärte der Landesverteidigungsminister, daß es feindlichen Motorbooten gelungen sei, sich bis zu den mit Sperranlagen gesicherten Einfahrten des neuen Triester Handelshafens unbemerkt zu nähern. Daß außer der „Wien“ ein zweites Schiff Torpedotrefser erhalten hätte, entspreche nicht den Thatfachen. Die Organe, die an dem Verluste der „Wien“ die Schuld tragen, würden zur Verantwortung gezogen. Der Vorwurf, unsere Schiffe lägen untätig in den Häfen, könne sich nicht auf die meistaus überwiegende Mehrzahl unserer Einheiten beziehen, da diese bis aufs äußerste angestrengt und tätig seien.

Die Eschechen.

Wien, 25. Mai. Aus Anlaß der beschlossenen Einstellung des Erscheinens der „Marodni List“ wurden einzelne Gemeinderäte veranlaßt, gegen diese behördliche Verfügung Proteste an den Statthalter zu richten. Da die Gemeinden durch dieses Vorgehen ihren gesetzlichen Wirkungskreis überschritten, wurden sie im Wege der zuständigen politischen Bezirksbehörde verwahrt. Es wurde ihnen bedeutet, daß im Falle der Wiederholung einer unbefugten Einnennung in den Wirkungskreis der politischen Behörden mit der Auflösung der Gemeindeverwaltung vorgegangen würde. Ähnliche Verwarnungen erhielten aus dem gleichen Anlaß einzelne Vereine und genossenschaftliche Organisationen.

Ausschuß für die Fragen der Volksvermehrung.

Am 23. Mai in Halle eine gut besuchte Sitzung des Ausschusses für die Fragen der Volksvermehrung statt, dem sich seit seiner Begründung 1915 bereits 24 verwandte Organisationen in allen Teilen des Reichs angeschlossen haben. Reichstagsabg. D. Mumm-Berlin gab einen eingehenden Überblick über die verdienstvolle Tätigkeit des Bevölkerungsausschusses im Reichstag. Unter Darstellung des gegenwärtigen Standes der Gesetzgebung, wobei der Staat auf schrittweise Besserung bedacht sein muß, wies der Vortragende nach, was heute schon auf dem Sittlichkeitsgebiete möglich und was unmöglich ist. Unmöglich: Jede Verstrafung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs sowie volle Beseitigung der gewerblichen Prostitution; möglich: die Beseitigung der letzteren vom Lande und die Beseitigung der Bordelle. — Im Anschluß an seine Ausführungen wurde nachstehende Kundgebung angenommen:

„Die Versammelten begrüßen, daß das kommende Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nach den Ausschlußbeschlüssen: 1) die Behandlungspflicht dieser Krankheiten einführt, 2) gewissenlosen Geschlechtskrankheiten Erkranker wehrt, 3) ärztliche und arzeneilose Heilung sowie Fernbehandlung verbietet, 4) wirksame Mittel gegen uneheliche Kneipen schafft, 5) Ansetzung beim Stillen unter Strafe stellt. — Die Versammelten begrüßen die Einführung der Schulaufsicht (Vielefelder System) und die gesundheitliche Aufsicht, müssen aber betonen, daß ihre Wünsche hinsichtlich Beseitigung der Kontrolle nicht befriedigt und ihre Bedenken hinsichtlich der §§ 100 a und 316/8 St.-G.-B. nicht ausgeräumt sind. Die Versammelten müssen endlich öffentlich bezeugen, daß die Einführung des „Bremer Systems“ in den deutschen Mittelstädten, gesteuert durch die Einführung der Zwangssterilisation der Dürren, zu einer unheilvollen Verwirrung des Volksbewußtseins führen würde und daß die Reichsregierung auf diesem Wege dem entschlossenen Widerstand weiter Kreise begegnen müßte.“

Hierauf sprach Konfessorialrat D. von Rohden-Spöden über „Grundzüge einer Segnaltheorie“. Im Anschluß daran nahm die Versammlung mit allen gegen eine Stimme einen Antrag Hegel zur Wahlvorlage an:

„Der Ausschuß für die Fragen der Volksvermehrung bittet die Königl. Staatsregierung, im Interesse der Bekämpfung des Geburtenrückganges, sich mit der Beilegung einer Zusatzkommission an die väterlicherseits Familien, d. h. der Familien, die mehr als drei Kinder bis zum 14. Lebensjahre groß gezogen haben, in der Vorlage über das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus einverstanden zu erklären.“

Verschiedene Mitteilungen.

Wien, 25. Mai. Das Befinden des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf hat sich derart verschlechtert, daß bei dem hohen Alter des Kranken das Schlimmste zu befürchten ist.

Wien, 24. Mai. Bei dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Preussischen Landes-Kriegerverbandes liefen folgende Telegramme ein: Herr Geheimen Regierungsrat Westphal, Hochwohlgeboren, hier. Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben mit großem Interesse die Verhandlungen und Beratungen auf dem Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerbundes und des Preuss. Landes-Kriegerverbandes verfolgt und erhoffen von ihnen gute Erfolge zum Segen des Vaterlandes, insbesondere seiner Kriegsgeschädigten und der Hinterbliebenen unserer den Heldentod gestorbenen Krieger. Für den von den Teilnehmern an der Lagerung telegraphisch übermittelten Guldigungsgang lassen Ihre Majestät herzlich danken. von Spitzberg. — Herrn Westphal, Krieger-Abgeordnetentag, Berlin. Für die freundlichen Grüße sage ich dem Krieger-Abgeordnetentag besten Dank. von Hindenburg.

Wien, 25. Mai. Im vollbesetzten Nationaltheater hielt der Vizepräsident des Reichstags Dr. Baasche einen Vortrag vor Ministern, Vertretern des Hofes, Offizieren und Politikern, in dem er die wirtschaftlichen Lehren des Weltkrieges behandelte. Dem Redner wurde stürmischer Beifall gezollt. Nach Schluß des Vortrages wurde Dr. Baasche vom König in längerer Audienz empfangen, welcher den Wunsch aussprach, ihn am Sonnabend nochmals zu sehen. Auf Einladung des Oberbefehlshabers, General Scheff, der eine längere Unterredung mit ihm hatte, begab sich Dr. Baasche heute früh in Begleitung seiner Gattin an den Sitz des Hauptquartiers. Der deutsche General Graf Oberndorff und Gräfin Oberndorff gaben ebenfalls eine Audienz auf dem Hofe Dr. Baasches. Unter den Gästen befanden sich Ministerpräsident Radzlawow mit Gemahlin, der Präsident des Senates, Watschew, der Chef des politischen Kabinetts des Königs, Dobrowitsch und Generaladjutant Markow.

— Unter den aus England nach Holland zurückgekehrten Deutschen befand sich auch Friedrich von Bülow, der Bruder des ehemaligen Reichskanzlers. Wenige Wochen vor Kriegsausbruch reiste Herr von Bülow mit seiner Gemahlin nach London, wo er als Vertreter Krupps auftreten sollte. Als der Krieg ausbrach, wurde er in England festgehalten und dort drei Jahre lang in Downington Hall interniert.

11. Zu den Verhandlungen über den wiederaufzunehmenden Postverkehr mit Rußland wird aus Berlin berichtet, daß der Verkehr für gewöhnliche und eingeschriebene Briefe demnächst wieder beginnen kann.

12. Der Missionsuperintendent D. Alexander Merenski ist im hohen Alter in Berlin gestorben. Er war zuerst im Jahre 1858 nach Süd-Afrika gegangen und hat dort zwei Jahrzehnte lang die Mission in Transvaal geleitet. Neben seiner Missionstätigkeit wirkte er zeitweilig als Chef des Sanitätswesens der Burenarmee.

13. Auf dem Bahnhof Alexanderplatz in Berlin wollte ein von zwei Soldaten begleiteter Deutscher flüchten. Er rannte nach der Treppe, die zum Bahnhof führt. Der eine ihn begleitende Soldat rief ihm wiederholt „halt“ nach. Er sprang aber weiter die Stufen hinauf, darauf gab der Soldat einen Schuß auf ihn ab, das Geschloß durchbohrte dem Flüchtling das Genick, er stürzte tot zusammen. Außerdem wurde ein 18-jähriges Mädchen, das gerade vor dem Flüchtling die Treppe hinaufging, von der Kugel am Arm verletzt. Vom Kriegsminister ist vor einiger Zeit befohlen, daß militärische Gefangene durch die Straßen Berlins nur im Wagen transportiert werden dürfen. Berliner Blätter machen mit Rücksicht auf diese Verordnung darauf aufmerksam, die neuen Bestimmungen scheinen von den ausübenden Organen noch immer nicht allgemein beachtet zu werden.

14. Berlin, 25. Mai. Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, besteht kein Zweifel daran, daß Großfürst Nikolai Nikolajewitsch sich nach wie vor auf dem Schloß Dülber befindet. Die angebliche Volschewiki-Wache scheint in Wirklichkeit eine eigene Leibwache zu sein, die sich der Großfürst gebildet hat. Nikolai Nikolajewitsch wird, wie es weiter scheint, tatsächlich von den

deutschen Militärbehörden als Privatmann betrachtet und entsprechend dem zwischen Deutschland und Rußland bestehenden Friedenszustand unbeachtet gelassen.

15. Rückgang des Schleichhandels. Die „Deutsche Korrespondenz“ berichtet: Die scharfen Maßnahmen zur Einschränkung des Schleichhandels und die von den Gerichten auch bei kleineren Vergehen erkannten harten Strafen beginnen allmählich ihre Wirkung auszuüben, so daß bereits ein Rückgang des Schleichhandels festzustellen ist. Auch das strenge Vorgehen gegen das Samternteilen hat in letzter Zeit zu zahlreichen Verurteilungen geführt, so daß auch nach dieser Richtung hin und im Hinblick auf die verstärkte Überwachung eine Einschränkung zu erwarten ist.

16. Berlin, 24. Mai. Auf Einladung der deutschen Gesellschaft 1914 und der deutsch-türkischen Vereinigung sprach gestern der Chefredakteur des „Südat“, Mehmed Ali Tewfi bei im Saale der deutschen Gesellschaft über die türkischen Kriegsziele. Die Veranstaltung war gut besucht und die feierlichen Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Bei dem anschließenden Abendessen sprach Freiherr von Rechenberg auf den Redner des Abends und die dauernde Freundschaft zwischen Deutschland und der Türkei. Votivschale Hakkı Pascha antwortete in feinsinniger Rede, in welcher er Anlaß nahm, das Märchen vom „ranken Mann“ zurückzuweisen.

17. Das Eisenerz 1. Klasse hat erhalten: Leutnant und Batl.-Vob.-Offiz. Walther Sorg bei einem Jagdunfall. Das Eisenerz 2. Klasse haben erhalten: Ersatz-Reservist Albrecht Gehrmann, Buchhalter aus Breslau; Unteroffiz. bei einer Fernsprech-Abteilung Bruno Zwirner, Sohn des Kaufmanns Fritz Zwirner in Breslau.

Schlesien.

Leigener Pfingstversammlungen.

1. Die Schlesische Pastoral-Konferenz zeigte, von Superintendent Meisner (Schöpschowitz) eröffnet, befruchtenden Besuch. Das Königl. Konsistorium war durch die General-Superintendenten D. Rottebohm und D. Haupt, die Provinzialsynode durch ihren Präses Frhn. von Jedlich und Neufirk vertreten. Superintendent Neple (Mischelau) behandelte „Die widerchristlichen Geistesströmungen der Gegenwart“. Sie kennzeichnen sich durch die Fortwirkungen des materialistisch-mechanischen Darwinismus. Der Entwicklungsgehalt ist in der Naturwissenschaft zu allgemeiner Anerkennung gelangt, widerspricht übrigens einer teleologischen Weltanschauung nicht. Der Redner kritisierte die verschiedenen Weltanschauungsversuche auf naturwissenschaftlicher Grundlage. Die Naturwissenschaft sucht mehr als je eine Ergänzung durch die Metaphysik. Die gegenwärtigen widerchristlichen Geistesströmungen sind weniger theoretischer als praktischer Art und betreffen weniger den Gottes- als den Vorsehungs glauben. Auch suchen viele in der Theosophie einen Ersatz für den wankenden Glauben. Hier hilft halt theoretischer Erörterungen nur der rechte Einblick in die Liebe Gottes, welche Völker und Menschen erziehen will. Pastor Genschow (Grembsdorf) sprach „Ziele und Wege im Konfirmationsunterricht“. Derselbe darf nichts zum Abschluß zu bringendes bieten wollen, nicht eine fertige, mit dem Konfirmationsstage zu erreichende Lebensanschauung oder Lebenshaltung. Das Ziel des Reiches Gottes soll nicht als etwas Unerreichbares hingestellt werden, sondern als in seinem Kommen durch unsere Arbeit zu erreichend. Aus der Bibel, die Andachtsbuch sei, soll darauf hingewiesen werden, daß die Führung Gottes ihre Zeiten kennt und daß Gottes Geist, der allein in die Wahrheit leitet, nur durch die Bibel übermittelt wird. — In der Vespredung wurde das praktisch-erziehbare Moment im Unterricht als das wichtigste betont, obwohl auch auf die Notwendigkeit, christliche Erkenntnis zu geben, hingewiesen wurde.

Die Generalversammlung des Provinzial-Missionaratsdienstes mit Predigt des Superintendenten Dahmann (Wunzlau), war ganz in den Dienst der Frauenaufgaben gestellt. Die Hauptrednerin, Gräfin von der Gröben (Hannover), zweite Vorsitzende des Deutsch-Christlichen Frauenbundes, behandelte am Mittwochabend in einer Sonderversammlung nur für Frauen die „Verantwortung der Frau“. In der Generalversammlung selbst, am Donnerstag früh, konnte der Vorsitzende Geh. Konsistorialrat a. D. D. Streich (Herischdorf) die Herren General-Superintendenten D. Haupt, Geh. Konsistorialrat Schulz vom Königl. Konsistorium, Geh. Regierungsrat von Jedlich von der Provinzialsynode und Oberregierungsrat Bartels von der Leigener Regierung begrüßen. Pastor Kohl berichtete über die Frauenaufgaben in Freiburg. Pastor Wehler über die Fortschritte der Frauenaufgaben und „Innere Mission“. Es genügt nicht mehr die Arbeit der Diakonissen und Lehrerinnen, sondern die immer noch sehr zurückhaltende christliche Frauenschaft muß die vielen und großen Aufgaben in der Gegenwart erkennen und soll mit ihrer besonderen Art und Kraft, mit ihrem mütterlichen Herzen in die Mitarbeit an öffentlichen, gesellschaftlichen, sozialen Einrichtungen eintreten. Zu den verschiedensten Aufgaben des Familienlebens, sozialer Fürsorge (für Fabrikarbeiterinnen, Landflüchtlinge, Waisen u. a.) ist besondere Vorbereitung nötig. Kirche und Innere Mission müssen sich diese Aufgaben viel stärker als bisher annehmen. — In der lebhaften Aussprache, an der sich u. a. Pastor Hochbaum (Breslau), Geheimrat Schulz, Frau Superintendent Schmidt (Weiden), Frau Pastor Jähner (Schweidnitz), eine Diakonisse beteiligten, wurde auf die Schönheit des Schwesternberufes hingewiesen, die weibliche Diakonie hat viele der modernen Frauenaufgaben aufgenommen. Dieser Beruf befriedigt auch die gebildete Mädchenwelt. Die „Frauendilemma“ erreicht die breite Frauenschaft. Es seien christliche Frauenschulen in größerem Umfang zu schaffen, und das Verantwortlichkeitsgefühl der Frau muß gestärkt werden.

Verbandstag der Postbeamtinnen.

Der 7. Verbandstag des Verbandes der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen, der vom 23. bis 25. d. M. in Breslau tagte, nahm am zweiten Verhandlungstage den Bericht seines Beirates entgegen. Es wurde hervorgehoben, daß in verschiedenen Ober-Postdirektionen namentlich mehr als 60 v. H. aller vorhandenen Beamtinnen dem Verbande angeschlossen sind. Größte Erregung löste unter den Abgeordneten die Besprechung über die letzte Regelung der Kriegsteuerungszulagen aus, die an sich freudig begrüßt, doch als durchwegs unzulänglich bezeichnet wurde. Es wurden zwei Entschlüsse einstimmig angenommen, in denen u. a. ausgeführt wird:

„Der 7. Verbandstag des Verbandes der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen stellt mit tiefstem Bedauern die völlige Unzulänglichkeit der Neuordnung der Kriegsteuerungszulagen vom 1. April 1918 fest. Die gewährten Sätze der Kriegsteuerungszulagen vermögen in ihrer Gesamtheit nicht annähernd die ungeheure Steigerung der Kosten der Lebenshaltung auszugleichen, und bedürfen das ständige Sinabgleiten der Beamtinnen auf die Bahn völliger Verarmung und Verschuldung mit allen bedauerlichen Folgeerscheinungen auf kienfischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten. Der Verbandstag gibt der überzeugenden Ausdruck, daß ernste Nachteile für Beamtenschaft und Verwaltung nur durch eine schnellste umfassende Neuordnung der laufenden Kriegsteuerungszulagen vermieden werden können, und daß außerdem der Verschuldung der Beamtenschaft durch baldigste Gewährung einer der Größe der Notlage entsprechenden einmaligen Zulage abgeholfen werden muß.“

Der 7. Verbandstag des Verbandes der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen schließt sich dem allgemeinen Dank der deutschen Beamtenschaft über die Neuordnung der Kriegsteuerungszulagen im April 1918 an, kann aber die schwere Enttäuschung nicht verbergen, die die Festsetzung der laufenden Kriegsteuerungszulagen für die weiblichen Beamtinnen in gleicher Höhe wie für die Unterbeamten unter den Post- und Telegraphen-

beamtinnen hervorgerufen hat. Der Verbandstag gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung die Sätze der laufenden Kriegsteuerungszulagen für die Post- und Telegraphenbeamtinnen einer Prüfung unterziehen und ihre völlige Gleichstellung mit denen der männlichen mittleren Beamten veranlassen werde.“

Vom Markte.

1. Esfreulicherweise sind die meisten der jungen Gemüse billiger geworden. So steht die Mandel Oberrüben nur noch zwischen 1,50 Mark und 4 Mark, das Bund Karotten zwischen 80 Pf. und 1,10 Mark, das Bund Schnittbohnen auf 5 Pf., also um 50 Pf. zurückgegangen. Von den Schoten, die aber nur an ganz wenigen Verkaufsstellen zu sehen waren, kostet das Viertelpfund 50 Pf. Schöner Spinat ist auf seinem Pfundpreise von 45 Pf. verblieben, ebenso befehten junge Zwiebeln, grüne Petersilie, Dill und Kopfsalat die früheren Preise, während Radishes auf 20 bis 25, junge Rettiche auf 25 bis 30 Pf. für das Bund fielen. Von dem neu ankommenden Welschraut fordert man für den Kopf 1,50 Mark. Weichblättriger sogenannter Kochsalat, der sich von Kopfsalat durch seine Schöpfenform unterscheidet und sich vortrefflich zur Zubereitung in der Art des Spinats eignet, kostet 10 bis 15 Pf. das Stück. In den letzten heißen Tagen hat die „Schütte“ des Spargels begonnen, und dies Gemüse kommt jetzt in einer Menge in die Stadt, die den Bedarf bei weitem überschreitet, so daß die Tagesaufkäufer nicht ausverkauft werden, sondern große Portionen in den anderen Tagen hinübergenommen werden müssen. Man findet darum auch, daß in verschiedenen Geschäften das Pfund des besten Spargels unter dem festgesetzten Höchstpreise für 1,30 Mark verkauft wird. Aber auch dieser Satz erscheint bei den gegenwärtigen großen Spargelvorräten noch zu hoch.

Seit ein paar Tagen gibt es frische Kirschen, das Pfund kostet 1,50 bis 2 Mark. Erdbeeren kosten 12 Mark das Pfund, so daß eine der kleineren Beeren auf 20 Pf. kommt. Heftige Treibhausepfirsiche stellen sich auf 2 bis 6 Mark, die ersten Bräufel Pfirsiche hatten an den phantastischen Preis von 8 bis 16 Mark das Stück. Die Preise für alle diese Früchte sinken aber bald. Grüne Stachelbeeren kosten 1,50 Mark für das Pfund. Vor einigen Tagen gab es die ersten Pfefferlinge oder Galuschel sowie die ersten Steinpilze, die beide für den Pfundpreis von 6,50 Mark verkauft wurden.

Auf den Geflügelständen der Halle sieht man eine ziemlich große Anzahl Kälber, in denen sich Kunden mit ihren Küchlein befinden. Auch junge Hähnchen gibt es in beträchtlicher Menge, dagegen hat die Zufuhr von jungen Tauben etwas nachgelassen. Reichlich sind junge Krähen vorhanden, die zwischen 80 Pf. und 1,40 Mark stehen. Da sie meist gerupft verkauft werden, kann man sich von ihrer Beschaffenheit leicht überzeugen. Nehmt man sich wohl gelegentlich in die Stadt, gelangt aber mit Umgehung des Handels unmittelbar in die Hauskaltungen. — Der Fischhandel bietet außer den Salzkarpsen und Altpfirsichen zu den gewöhnlichen Preisen eine ganz bedeutende Menge frischer Plöken, die zum billigen Preise von 78 Pf. für das Pfund zu haben waren.

2. Von der Schneeflohe. a. Kgl. Wetterwarte, 24. Mai. Mit einem vollkommen klaren Tage, an dem auch die Taumantebenen in ziemlich guter Reinheit rundherum dalagen, hat die Periode des trockenen Wetters ihr Ende erreicht. Zwar hatten wir auch am 23. noch trockene und recht warme Witterung, aber bereits in der Frühe machten sich am Himmel Anzeichen auf eine Änderung bemerkbar. Der Wind hatte bereits Westrichtung und von Mittag ab nahm auch die Bewölkung nach zu. Gegen 6 Uhr abends entluden sich dann mehrere Gewitter herbe hintereinander, zunächst einer im Westen des Gebirges, später über dem Nordtal. Die ganze Gewittermasse breitete sich zum Teil über Böhmen aus und zog dann weiter über die Ostalpe dahin; es folgte noch ein Teil zwischen 9 und 10 abends über dem Herischberger Tal. Die Niederschläge fielen reichlich, aber noch zu wenig, jedoch dürfte in den nächsten Tagen weiterer Regen zu erwarten sein.

3. Gannau, 24. Mai. Gestern abend brachte ein Gewitter der hiesigen Gegend die erste Erleichterung. Leider richtete es auch bedeutenden Schaden an. In Steinsdorf entzündete der Blitz die Jungliche Wirtschaft, Wohnhaus, Scheune und Schuppen gingen in Flammen auf. Getreide wurde nur das Vieh. In Vorhaus traf der Blitz das Kalkengeheiß des Dominikans, wobei der Kalkengeheiß und die Pferde getötet wurden.

4. Herischberg, 24. Mai. In der Nacht zu Freitag hat der Arbeiter Nordost in Weiditz seine beiden Kinder totgeschlagen und sich dann selbst durch Erhängen das Leben genommen. Alle drei Leichen wurden in der Kammer der Wohnung aufgefunden. Der Mann hatte vor kurzer Zeit seine Frau durch den Tod verloren und dürfte die grausige Tat in einem Anfall von Geisteskrankheit begangen haben.

5. Warmbrunn, 24. Mai. Heftige Gewitter gingen am Donnerstagabend in Herischberger Tale nieder. Ein gewaltiger Hagel Regen erquidete kurz und ließ. Es lagelte auch kurze Zeit. Schaden ist durch den Hagelschlag nicht angerichtet worden. Die Temperatur, die zur Mittagszeit 32 Wärmegrade im Schatten erreichte, sank nach dem Unwetter auf + 20° herab. Auch heute herrichte im Tale schmale Temperatur bei westlichem Winde. — Der verlorbene Bergwä. a. D. M. Scheible in Herischdorf vermachte dem Verein für kgl.-kirchliche Gemeindepflege in Warmbrunn-Berischdorf 66 442 Mark für gegenwärtige Zwecke.

6. Breslau, 25. Mai. Von der Königl. Regierung ist vor kurzem das Rauchen auf der Straßenbahn untersagt worden. Dies Verbot bezweckt, die Beschädigung von Kleidungsstücken, wie sie bei den zeitweilig stark überfüllten Wagen vorgekommen ist, zu verhindern. Wenn nun das Rauchen zwar unterbleibt, die brennenden Pfeifen, Zigaretten oder Zigarren aber mit in das Gebränge gebracht werden, wird die Schadenmöglichkeit noch erhöht. Auf Verlangen der Königl. Regierung wird demnach, wie uns die Verwaltung der städtischen Straßenbahn mitteilt, das Mitbringen von brennenden Zigaretten, Zigarren usw. ebenfalls unter das Verbot gestellt. Die Schaffner usw. sind angewiesen, auf die Beachtung dieses Verbotes zu halten.

7. Das Fleisch reicht diese Woche nicht. Mit Rücksicht auf die ungenügende Belieferung mit Fleisch konnte in dieser Woche nur ein Teil der Fleischabnehmer mit Fleisch beliefert werden, so daß die Verbraucher in dieser Woche nicht sämtlich die ihnen auf Grund der Fleischmarken zustehende Fleischmenge erhalten können. Die Fleischmarken für die Woche vom 20. bis 26. Mai behalten deshalb auch für die Woche vom 27. Mai bis 2. Juni ihre Gültigkeit.

8. Über Kohlenbeverrattung veröffentlicht der Magistrat eine Bekanntmachung im Anzeigenteile.

9. Die vergangene Nacht brachte wiederholte und ergiebige Regengüsse bei starkem Winde. Dadurch trat erhebliche Abkühlung ein. Heute früh zeigte das Thermometer nur noch 10° C. Gegen Mittag brach zeitweilig wieder die Sonne durch die Wolken.

10. Aus den Polizeilichen Meldungen. Gestohlen wurden: aus einer Bodenkammer Freiburger Straße 40 ein braunleinerer Sandloffer, ein Reifebrett und mehrere gefüllte Tuchsäcke (Wäffelsäcke), aus einem verschlossenen Zimmer Hohenzollernstraße 88 90 Mark, in der Nacht zum 23. Mai Rangetage 45 aus einem verschlossenen Stall fünf Kaninchen, in dem Zigarrengeschäft Neuborstraße 92 17 000 Zigaretten und für 20 Mark Weichgelb, aus dem Fahrradgeschäft Frankfurter Straße 152 ein Grammophon mit Schalltrichter, etwa 400 Gummi-Schallplatten, eine große Anzahl Fahrradmittel und -Schläuche (Continental) und verschiedene Schloß-Sandvertzeuge, insgesamt im Werte von 4300 Mark, an der Handgepäckstelle des Hauptbahnhofs am 22. Mai ein Reifebrett, in dem sich u. a. ein blauer Stoffanzug, ein leinener Anzug, drei Paar Unterhosen, sechs Hemden und verschiedene Lebensmittel befanden, einer Näherin am 23. Mai im Varietal 4. Klasse ein schwarzes ledernes Handtäschchen, das ein Taschentuch und mehrere Lebensmittelmarken enthielt.

11. Festgenommen wurde eine Kellnerin, die mit der Tageskaffe von 18 Mark ihrem Brotgeber durchgebrannt war, und auch in einem Hotel Bechprellereien begangen hatte; ferner ein Artist, der Schleichhandel mit Eise betrieben hat.

12. Ein neues Opfer des auffalligen Badens in der Oder wurde am Freitag in der Nähe der Weidelschen Weist unterhalb der rechten Odermündung-Gienbahnbrücke aus dem Strom gelandet. Es ist ein etwa zehnähriges unbekanntes Mädchen.

